

Übersicht

über die vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 23.3.2017 gefassten Beschlüsse:

Öffentliche Sitzung

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Ergebnis (Kurzfassung)	Beschl.- Nr.
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	Der Haupt- und Finanzausschuss erkannte die erweiterte Tagesordnung einvernehmlich an.	83/17
2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 8.12.2016; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 20.12.2016	Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zur Änderung der Niederschrift vom 8.12.2016 zu und erkannte die Niederschrift einvernehmlich an.	84/17
3.	Bericht über die in der Sitzung am 8.12.2016 gefassten Beschlüsse	Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.	
4.	Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg	Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Rat, die XIV. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg zu beschließen.	85/17
5.	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 21.12.2016; Internetinformationsdienst "siegburgaktuell"	Der Haupt- und Finanzausschuss lehnte den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, das Abstimmungsverhalten aller Fraktionen im städt. Internetinformationsdienst wiederzugeben, mehrheitlich ab.	86/17

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Kreisstadt Siegburg am 23.03.2017

N1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 10.3.2017; JobRad / E-Bike-Diensträder	Der Haupt- und Finanzausschuss vertagte den Antrag der Fraktion Bündnis / DIE GRÜNEN in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.6.2017.	
6.	Bekanntgaben der Verwaltung	Es erfolgten keine Bekanntgaben.	
7.	Verschiedenes	Es wurden keine Themen erörtert.	
8.	Anschließend Einwohnerfragestunde	Es erfolgten keine Wortmeldungen.	

Niederschrift

über die vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner Sitzung am 23.3.2017 gefassten Beschlüsse:

Beginn:	18:00 Uhr
Ende:	18:41 Uhr
Ort der Sitzung:	Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Franz Huhn Bürgermeister

Stellvertr. Vorsitzende

Frau Dr. Susanne Haase-Mühlbauer CDU

Ratsmitglieder CDU

Herr Jürgen Becker CDU

Frau Maria Franziska CDU

Burgemeister
(für: Lars Henning Nottelmann)

Herr Michael Franz Burgemeister CDU

Frau Anna Diegeler-Mai CDU

Herr Heinz Willi Höver CDU

Herr Karl Kierdorf CDU

Herr Detlef Krause CDU

Frau Ursula Muranko CDU

Herr Guido Odenthal CDU
(für Prof. Dr. Norbert Krudewig)

Herr Michael Römer CDU

Frau Petra Schonlau CDU

Herr Dr. Dirk Schulte CDU

Herr Eckhard Schwill CDU

Ratsmitglieder SPD

Herr Ömer Kirli SPD

Frau Gaby Körner SPD

Herr Stefan Rosemann SPD

Herr Frank Sauerzweig SPD

Herr Oliver Schmidt SPD

Herr Lothar Stauch SPD

(für: Michael Keller)

Ratsmitglieder Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Herr Charly Halft GRÜNE

Herr Hans-Werner Müller GRÜNE

Frau Astrid Thiel GRÜNE

Ratsmitglied FDP

Herr Jürgen Peter FDP

Ratsmitglied Die LINKE

Herr Michael Otter (ab TOP 4) DIE LINKE

Ratsmitglied LKR

Herr Ralph Wesse LKR

Beratendes Mitglied

Herr Dr. Helmut Fleck Volksabstimmung

Entschuldigt:

Ratsmitglieder CDU

Herr Prof. Dr. Norbert Krudewig CDU

(Vertreter: Guido Odenthal)

Herr Lars Henning Nottelmann CDU

(Vertreterin: Maria Franziska Burgemeister)

Ratsmitglied SPD

Michael Keller SPD

(Vertreter: Lothar Stauch)

Ratsmitglied Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Birgit Meyer GRÜNE

**Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Kreisstadt
Siegburg am 23.03.2017**

Von der Verwaltung:

Herr Erster Beigeordneter Ralf Reuden-
bach

Frau Technische Beigeordnete Barbara
Guckelsberger

Herr Beigeordneter Andreas Mast

Herr Bernd Lehmann

Herr Christian Rutkowski

Frau Corinna Eschmann

Zusätzlich zur Tagesordnung wurden als Nachträge behandelt:

N1: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN vom 10.3.2017;
JobRad / E-Bike-Diensträder

Sonstiges: (z.B. Sitzungsunterbrechung)

Herr Bürgermeister Huhn informierte darüber, dass Tonaufnahmen und das Erstellen von Videos in Sitzungen des Rates der Kreisstadt Siegburg und seinen Ausschüssen nicht gestattet seien.

Öffentliche Sitzung

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Dienststelle
----------	---------------------	--------------

1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	02
----	--	-----------

Herr Bürgermeister Huhn eröffnete die 11. Sitzung und stellte fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig sei. Er informierte den Haupt- und Finanzausschuss darüber, dass zur Tagesordnung ein Nachtrag im öffentlichen Teil sowie eine Ergänzung im nichtöffentlichen Teil vorlägen.

Der Haupt- und Finanzausschuss erkannte die erweiterte Tagesordnung einvernehmlich an.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	26
Nein:	0
Enthaltung:	0

2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 8.12.2016; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 20.12.2016	02
----	--	-----------

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, bat um Abstimmung über den Antrag seiner Fraktion vom 20.12.2016.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmte dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zur Änderung der Niederschrift vom 8.12.2016 zu und erkannte die Niederschrift einvernehmlich an.

AE: **Einstimmiger Beschluss**

Ja:	4
Nein:	0
Enthaltung:	22

3.	Bericht über die in der Sitzung am 8.12.2016 gefassten Beschlüsse	02
----	--	-----------

Der Haupt- und Finanzausschuss nahm Kenntnis.

4.	Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg	02
----	--	-----------

Auf Anfrage von **Frau Muranko**, CDU-Fraktion, führte **Herr Reudenbach** aus, dass abhängig von der Beschlussfassung des Rates der Kreisstadt Siegburg ggfs. eine entsprechende Regelung für die Beiräte des Verwaltungsrates der Stadtbetriebe Siegburg AöR zu treffen sei.

Herr Peter, FDP-Fraktion, gab bekannt, dass er für seine Fraktion der Verwal-

tungsvorlage zustimmen werde.

Herr Halft, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, stimmte dem Verwaltungsvorschlag für seine Fraktion nicht zu. Seine Fraktion habe Bedenken dabei, alle Ausschüsse auszuschließen. Er fordere die Verwaltung für seine Fraktion auf, eine rechtsverbindliche Auskunft darüber bei der Bezirksregierung oder dem zuständigen Ministerium einzuholen, ob es Bedenken dabei gebe, alle Ausschüsse des Rates der Kreisstadt Siegburg von der Regelung auf Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende auszuschließen.

Herr Sauerzweig, SPD-Fraktion, stimmte dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls für seine Fraktion zu. Er betonte zudem, dass seine Fraktion die Stärkung des Ehrenamtes unterstütze.

Herr Becker, CDU-Fraktion, teilte für seine Fraktion mit, dass sie eine zusätzliche Entschädigung nicht befürworte; er es für ungerechtfertigt halte. Weitere Anfragen bei der Bezirksregierung oder bei dem zuständigen Ministerium halte er für nicht sachdienlich, da sich das Ministerium bereits mit einem weiteren Hinweis zu diesem Thema geäußert habe. Es sei jedoch zu beachten, dass es sich hierbei um keine rechtsverbindlichen Aussagen, sondern lediglich um Hinweise handele.

Herr Otter, Fraktion Die LINKE, stimmte für seine Fraktion der Verwaltungsvorlage ebenfalls zu. Er teilte dem Ausschuss mit, dass die Ausschussvorsitzenden lediglich angemessen finanziell entschädigt werden sollen.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, teilte dem Ausschuss mit, dass er als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses auf die Aufwandsentschädigung verzichten und dies schriftlich bestätigen würde.

Zunächst ließ **Herr Bürgermeister Huhn** über den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, eine Stellungnahme des Innenministeriums des Landes NRW einzuholen zur Zulässigkeit, alle Ausschüsse von der Regelung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende auszuschließen, abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss lehnte die Einholung einer Stellungnahme des Innenministeriums des Landes NRW zur Zulässigkeit, alle Ausschüsse von der Regelung einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende auszuschließen, ab.

AE:

Mehrheitliche Ablehnung

Ja:	4
Nein:	23
Enthaltung:	0

Der Haupt- und Finanzausschuss empfahl dem Rat, die nachstehende XIV. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg zu beschließen:

XIV. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg vom ____ . März 2017

Aufgrund von § 7 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit § 41 Absatz 1 Satz 2 f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Be-

kanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666 / SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 966), hat der Rat in seiner Sitzung am . März 2017 mit der Mehrheit seiner gesetzlichen Anzahl der Ratsmitglieder folgende Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg beschlossen:

§ 1

§ 11 Absatz 3 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg erhält folgende Fassung:

„Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtliche keinen finanziellen Nachteil erlitten haben. Der Regelstundensatz bemisst sich nach Maßgabe der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse des Landes NRW.“

§ 2

§ 11 Absatz 3 Buchstabe f) 4 der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg erhält folgende Fassung:

„Der Höchstbetrag des Verdienstausfallersatzes bemisst sich nach Maßgabe der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse des Landes NRW.“

§ 3

§ 11 Absatz 3 Buchstabe g) der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg entfällt ersatzlos.

§ 4

§ 15 der Hauptsatzung der Kreisstadt Siegburg erhält folgende Fassung:

„Fraktions- und Ausschussvorsitzende

(1) Die Vorsitzenden der Fraktionen und deren Stellvertreter erhalten neben den Entschädigungen, die Ihnen nach § 11 zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach Maßgabe der Gemeindeordnung NRW und der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse des Landes NRW.

(2) Neben den gesetzlich ausgeschlossen Ausschüssen (Haupt- und Finanzausschuss, Wahlausschuss und Wahlprüfungsausschuss) werden folgende Ausschüsse des Rates der Kreisstadt Siegburg von der Regelung auf Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende gemäß § 46 Absatz 2 GO NRW ausgenommen:

- Ausschuss für kommunale Gesellschaftspolitik
- Bau- und Sanierungsausschuss Rathaus
- Beschwerdeausschuss

- Integrationsrat
- Jugendhilfeausschuss
- Planungsausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulausschuss
- Sportausschuss
- Stadtwerkeausschuss
- Umweltausschuss
- Wirtschaftsförderungsausschuss.“

§ 5

Diese Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2017 in Kraft

AE: **Mehrheitliche Zustimmung**

Ja:	23
Nein:	4
Enthaltung:	0

5.	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 21.12.2016; Internetinformationsdienst "siegburgaktuell"	02
-----------	---	-----------

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, monierte, dass im städt. Newsletter nicht die Abstimmungsergebnisse aller Parteien aufgeführt würden, sondern lediglich die „Ja-Stimmen“.

Herr Becker, CDU-Fraktion, lehnte den Antrag für seine Fraktion ab. Seiner Auffassung nach sollen die Ratsgremien durch einen Beschluss nicht in die städtische Arbeit eingreifen.

Der Haupt- und Finanzausschuss lehnte den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, das Abstimmungsverhalten aller Fraktionen im städtischen Internetinformationsdienst wiederzugeben, mehrheitlich ab.

AE: **Mehrheitliche Ablehnung**

Ja:	11
Nein:	16
Enthaltung:	0

N1.	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 10.3.2017; JobRad / E-Bike-Diensträder	II/2
------------	---	-------------

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, informierte sich bei der Verwaltung darüber, ob es einen Plan über die Verleihung der Diensträder gebe bzw. ob diese über das Intranet buchbar seien. Zudem erkundigte er sich danach, ob auch mehr wie drei E-Bikes für die Verwaltung denkbar seien.

Herr Bürgermeister Huhn teilte dem Ausschuss mit, dass im Rahmen einer Umfrage zu Mobilitätsabsichten / Gewohnheiten auch das Thema JobRad / E-Bike-Diensträder berücksichtigt werde.

Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Kreisstadt Siegburg am 23.03.2017

Herr Schwill, CDU-Fraktion, teilte dem Ausschuss mit, dass das Thema JobRad bereits in einigen Kommunen diskutiert werde. Der TVöD sehe jedoch ein Leasing über eine Entgeltumwandlung nicht vor. Daher könne auch Siegburg dieses System nicht umsetzen.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, stellte einen Antrag auf Vertagung des Antrages vom 10.3.2017 in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.6.2017.

Der Haupt- und Finanzausschuss vertagte einvernehmlich den Antrag der Fraktion Bündnis / DIE GRÜNEN in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 22.6.2017.

6. Bekanntgaben der Verwaltung	
---------------------------------------	--

Es erfolgten keine Bekanntgaben.

7. Verschiedenes	
-------------------------	--

Es wurden keine Themen erörtert.

8. Anschließend Einwohnerfragestunde	
---	--

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Ende der öffentlichen Sitzung. Presse und Zuhörer verließen den Sitzungssaal.
--